Detlev v. Larcher
Gastbeitrag für ND am 17.9.08

Die neoliberalen Prediger der vergangenen Jahre, die Märkte total befreit haben, sprechen heute, als seien sie Attac beigetreten. Die Kanzlerin spricht gar von einem neuen System der Finanzmärkte. Das Rettungspaket, das die Regierung mit Hilfe der Großbanker entworfen hat, entlarvt die Rede vom ersten Schritt zum neuen System aber als Täuschung: Den Banken wird geholfen, aber sie dürfen weiter machen wie bisher.

Erste Schritte sehen anders aus:
Das Geld der Steuerzahler muss nicht durch Vorzugsaktien, sondern durch Aktien mit Stimmrecht abgesichert werden, die den Einfluss auf die Geschäftstätigkeit der betroffenen Bank garantieren. Die Banken müssen entmachtet werden.
Die Banken haben mit ihren Geschäften den Kollaps des ganzen Finanzsystems riskiert. Sie gehören unter öffentliche Kontrolle. Dabei geht es nicht darum, nur bankrotte Banken zu verstaatlichen, sondern gerade darum, finanzstarken Instituten demokratische Kontrollmechanismen aufzuzwingen. Daneben muss das öffentliche und genossenschaftliche Bankensystem gestärkt werden.

In einem neuen Finanzmarkt muss das Schattenbankensystem, also Hedge-Fonds, Zweckgesellschaften und andere kaum regulierte Finanzakteure verboten werden. Ein strenger Finanzmarkt-TÜV zunächst auf europäischer Ebene muss her. Ohne seine Zulassung darf kein Finanzinstrument auf den Markt. Die „giftigen Finanzprodukte“ wie z.B. die Wetten auf fallende Kurse müssen für immer verboten, die Spekulation durch eine Besteuerung aller Finanztransaktionen verhindert werden.

Es ist nicht zu akzeptieren, dass die Rettungsaktionen zu Lasten der sozial Benachteiligten oder der sozialen Infrastruktur gehen. Die Verursacher müssen zahlen. Jetzt muss eine Sonderabgabe auf große Vermögen her, um die Kosten der Krise zu finanzieren. Banken, denen der Staat mit öffentlichem Geld hilft, müssen durch Verstaatlichung unter öffentliche Kontrolle gestellt werden.

Die Steueroasen spielen nicht nur bei der Steuerhinterziehung eine wichtige Rolle, sondern sind auch zentral für das Funktionieren des globalen Finanzmarkt-Casinos. Hier wurden Fonds aufgesetzt oder Zweckgesellschaften der Banken gegründet. Die Steueroasen müssen endlich ausgetrocknet werden.

Die öffentliche Daseinsvorsorge muss der Willkür und dem irrationalen Herdentrieb privater Investoren entzogen werden. Darum darf es keine weiteren Privatisierungen geben. Die Privatisierung der Bahn muss endgültig vom Tisch. Die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme muss zurückgenommen werden. Insbesondere die Riester-Rente, die mit zur Aufblähung der Finanzmärkte beigeträgt, muss durch eine solidarische Bürgerversicherung ersetzt werden.

Ein ökologisches Umbauprogramm und massive Investitionen in die soziale Infrastruktur, müssen die Konjunktur stützen und damit Arbeitsplätze schaffen und sichern.

Attac ruft zu einer Protestkundgebung vor dem Bundesfinanzministerium am 30. Oktober um 17 Uhr auf. Das Motto: "Die Verursacher sollen selbst zahlen, holt das Geld von den Reichen!